Annener Zeitung

verbunden mit der „Annener Volkszeitung"

Anzeigeblatt für Annen und die benachbarten 14 Ortschaften.

Organ des Amtes Annen u. Landkreises Hörde, sowie der Gemeinden Stockum-Düren.

Die „Annener Zeitung" erscheint jeden Dienstag Donnerstag und Samstag.

Anzeigenpreis: Laut Tarif. — Postscheckkonto: Dortmund Nr. 12385.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Küching, Annen, Bismarckstraße Bahnhofstr. 34, Telephon 334.

Inserate finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung" weite u. billige Verbreitung. — Bei gerichtlicher Beitreibung oder bei Konkursen kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall.

Für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Plätzen übernehmen wir keine Verantwortung.

Nr. 148 — Dienstag, den 11. Dezember 1923. — 39. Jahrgang.

100 Trillionen Papiermark.

Nach der letzten Aufstellung der Reichsbank waren 92,8 Trillionen deutschen Papiergeldes in Umlauf, so daß jetzt wohl der Betrag von 100 Trillionen, wenn nicht etwas mehr, sich im Verkehr befindet. Die Summe von 100 Trillionen Papiermark tut aber dar, daß es die allerhöchste Zeit für uns war, uns auf uns selbst zu besinnen. Der Wert der Papiermark war schon so gering, daß er sich kaum noch berechnen ließ. Für die große Volksmenge würden sich schließlich Zustände ergeben haben, durch die sie nicht mehr durchgekommen wäre. Die Lebensmittelpreise wären über alle Maßen gestiegen, die Absatzstockung hätte keine Grenzen mehr gehabt und die Arbeitslosigkeit traurige Bilder geliefert.

Als zum ersten Male im Anfang dieses Jahres der Dollar auf 50 000 Papiermark gestiegen war, fragte alle Welt in Deutschland, was denn wohl werden solle, wenn der Dollar auf 100 000 M. steigen würde. Man konnte sich diesen Zustand kaum denken und nicht ausrechnen, wie wir dabei würden leben können. Es hat auch gehen müssen und noch viel darüber hinaus, freilich untec Umständen, bei denen ihr Dasein zahlreichen Personen keine Freude mehr machte. Die Fortsetzung dieser Existenz wäre dann allerdings zu einer Tortur geworden.

Bevor der Krieg 1914 begann, hieß es in der Theorie, ein Feldzug von dieser Ausdehnung werde niemals möglich sein, da diese Menschenmenge ebensowenig aufzubringen sei, wie die erforderlichen Lebensmittel zur Ernährung und die Gelder zur Zahlung aller dieser Bedürfnisse. Es hat sich auch bestätigt, daß Vieles nicht ausreichte, denn Neger, Indianer usw. mußten aufgeboten werden, es kam große Not, und die Geldüberschwemmung mit wertlosem Papier beweist den hohen Grad der Verarmung, unter der fast alle Völker leiden.

Das Geld hat wirklich nicht gereicht, an Stelle unserer guten Valuta haben wir den Blocksberg von Trillionen Inflationspapier. Es ist auch ein Unglücksberg, und wir hätten längst das Unsrige dazu beitragen sollen, ihn nicht dermaßen in die Höhe wachsen zu lassen. Aber die Verhältnisse waren mächtiger als wir. Poincaré sagte, wir hätten uns allein helfen können, aber ebenso gut konnte er jemandem raten, dem er die Kehle zuwürgte, kräftig Atem zu holen. Die 100 Trillionen Banknoten sind wie ein großes Leichentuch über unserer Arbeitskraft, die aber doch noch nicht hat erstickt werden können. Die Franzosen sehen, daß in Deutschland mehr steckt, als sie selbst für möglich gehalten haben.

Das Steigen des Dollars und die Verteuerung, die uns zum Druck der Papiertrillionen gezwungen haben, waren bekanntlich kaum noch eine Steigerung zu nennen, sondern eine Raserei, in der der Kurs von Hunderten von Prozenten nach oben hin übersprungen wurde. Jetzt, wo es wieder abwärts geht, bewegt sich der Kurs so langsam wie eine Schnecke. Auch daraus ist ersichtlich, daß es mit der Dollarpolitik nicht immer mit rechten Dingen zugeht, weder beim Steigen noch beim Fallen, sonst müßte sich die Auf- und Abwärtsbewegung ganz anders vollziehen. Es ist viel Trug dabei gewesen, und die Deutschen, die nicht wußten, woher sie das Geld nehmen sollten, um sich satt zu essen, haben den fremden Jobbern noch die Tasche füllen müssen. Diese Trillionen sind für uns ein Notbehelf gewesen, die wir gern entbehrt hätten, wenn es nur möglich gewesen wäre. Wm.

Das Mainzer Abkommen.

Anerkennung der französischen Regie.

Der Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiet sowie zwischen diesem und dem übrigen Deutschland wird nun endlich wieder in Gang kommen.

Die in Mainz zwischen der französischen Eisenbahnregie und der deutschen Reichsbahnverwaltung abgeschlossenen Vereinbarungen sind vom Reichskabinett genehmigt worden. Auf Grund eines in Düsseldorf mit General Degoutte geschlossenen Abkommens ist in Mainz weiter verhandelt worden, wo sich die französischen Vertreter auf den Boden des Düsseldorfer Vorabkommens stellten.

Es ist trotz langwieriger Verhandlungen nicht gelungen, die Regie zu veranlassen, eine bindende Erklärung über die Wiedereinstellung der entlassenen Beamten und Arbeiter zu erhalten. Die Regie verpflichtet sich in dem Vertrag lediglich, deutsche Eisenbahner nach Maßgabe des wieder anwachsenden Verkehrs einzustellen. Allerdings gelang es, die Regie zu der Zusage zu veranlassen, auf den von der Regie betriebenen Eisenbahnstrecken künftig nur deutsche Beamte und Arbeiter zu beschäftigen.

Doppelte Fahrkarten.

Die deutschen Strecken und die von der Regie betriebenen Eisenbahnlinien bleiben derart getrennt, daß jeder Reisende bei durchgehenden Zügen gezwungen ist, doppelte Fahrkarten zu lösen, eine für das deutsche Gebiet und eine für das von ihnen zu durchfahrende Gebiet der Regie. Dieser Zwang des doppelten Fahrkartensystems wird sich für den Verkehr hemmend bemerkbar machen. Die Regie umfaßt das gesamte besetzte Gebiet mit Ausnahme des englischen besetzten Gebietes und der Bahnen im Brückenkopf Mainz, sowie die östlich Dortmunds gelegenen Strecken und die Linie Offenburg—Köln. Die Verbindung Deutschlands mit der Schweiz ist also jetzt wieder freigegeben.

Um das besetzte Gebiet.

Reichsregierung und Rhein- und Ruhrvertreter.

Die wirtschaftliche sowie die allgemeine Lage im alt- und neubesetzten Gebiet macht natürlich dem Reich wie den Ländern die größten Schwierigkeiten.

Inzwischen sind nun aber in eingehender Beratung vom Reichskabinett und Vertretern der Länder die schwebenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Fragen des besetzten Gebietes mit Vertretern der Städte- und Landkreisvereinigungen des besetzten Gebietes sowie dem Präsidium des Wirtschaftsausschusses besprochen worden. Die Vertreter nahmen Kenntnis von den Absichten der Regierung, namentlich hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge. Hinsichtlich der charitativen Hilfsmaßnahmen, des wertbeständigen Notgeldes wurde im weitesten Umfange ein Einvernehmen erzielt.

Was die Erwerbslosenfürsorge anbetrifft, so ist vereinbart worden, daß das besetzte und unbesetzte Gebiet gleichwertig behandelt werden sollen, daß aber die Weiterzahlung von Erwerbslosenunterstützung für den einzelnen nur dann möglich ist, wenn die jeweils zugewiesene Arbeit auch übernommen wird.

Die rheinische Goldnotenbank.

Nicht geregelt scheint vorläufig die Währungsfrage zu sein. Da aber der Plan der rheinischen Goldnotenbank im engsten Zusammenhang mit unberechtigten staatsrechtlichen Plänen einzelner Vertreter der besetzten Gebiete im Fünfzehner-Ausschuß steht, so wird die Reichsregierung sich wahrscheinlich scharf gegen den Plan einer rheinischen Goldnotenbank wenden, zumal übrigens auch die ausländischen Geldgeber sich wieder zurückgezogen haben. Es würde dann nichts anderes übrig bleiben, als durch Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der Gemeinden wertbeständiges Notgeld zu schaffen, das von den Gemeindekassen stets in wertbeständiger Form angenommen wird. Eine Einführung der Rentenmark ist ausgeschlossen, da die Gefahr der Beschlagnahme besteht und die Fundierung der Rentenmark im besetzten Gebiete noch immer nicht zugelassen ist.

Der Goldmarkpreis.

Was das Reichswirtschaftsministerium sagt.

Ueber angemessene Goldmarkpreise, diese augenblicklich wichtigste Frage unseres Wirtschaftslebens, hat sich jetzt das Reichsernährungsministerium in einer Denkschrift umfassend geäußert. Die Denkschrift besagt darüber u. a.:

Als gewisser Anhaltspunkt für die Beurteilung des angemessenen Goldmarkpreises kann der Vorkriegs-Goldmarkpreis, d. h. der Preis des Jahres 1913 dienen, wenn man sich dabei zwei wichtige Tatsachen vergegenwärtigt. Die eine ist diese: Deutschland ist in das System der Weltwirtschaft einbezogen und daher in einem starken Maße von der Preisbewegung auf dem Weltmarkt abhängig. Auf dem Weltmarkt ist eine echte Teuerung gegenüber 1913 zu beobachten, die zwischen 60—70 Proz. beträgt, die sich freilich innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige sehr verschieden durchgesetzt hat.

Ferner heißt es: Es ist klar, daß, soweit die deutsche Produktion auf ausländischen Rohstoffen aufgebaut ist, die deutschen Produktionskosten zwangsläufig an der echten Teuerung auf dem Weltmarkt teilnehmen. Man würde z. B. Unmögliches verlangen, wollte man die Lieferung von Textilien, die durchschnittlich 55 Proz. ihres Wertes aus ausländischen Rohstoffen bestehen, zu dem Goldmarkpreis von 1913 verlangen, wenn auf dem Weltmarkt Baumwolle im Oktoberdurchschnitt um etwa 100 Proz., Ende Oktober bereits um 140 Proz., Wolle um etwa 150 Proz. gestiegen ist. Für alle Waren kammt aber auch hinzu, daß u. a. die Steuern höher geworden sind, ferner der erhöhte Zinssatz, die Verteuerung der Kohle, die gestiegenen Frachten usw.

Verbilligungsmomente.

An Verbilligungsmomenten sind auf der anderen Seite einzusetzen die gegenüber dem Ausland und dem Frieden wesentlich niedrigeren Mieten und vor allem aber der bekanntlich sehr große Unterschied zwischen Goldlöhnen des Inlandes und Auslandes, die, soweit Inlandsprodukte in Frage kommen, deswegen sehr mitsprechen, weil sich schließlich der Preis eines jeden Produktes zum großen Teil in Löhne auflösen läßt, und, soweit Inlandslöhne in Betracht kommen, diese Differenzierung gegenüber dem Ausland auch in den Preisen sich ausdrücken müßte. Bei einem Abwägen der Verbilligungs- und Verteuerungsfaktoren, die auf die deutsche Wirtschaft einwirken, wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß die Bilanz sich zum mindesten ausgleicht und die verbilligenden Momente bei den reinen Inlandsprodukten noch einen mehr oder weniger großen Teil der echten Teuerung auf dem Weltmarkt wird ausgleichen können.

Zwei Wahrheiten.

Die Verbraucherschaft wird dabei — so schließt die Denkschrift — gut tun, sich zwei Wahrheiten vor Augen zu halten. Die eine ist die, daß das Preisniveau von 1913 an sich der Vergangenheit angehört und sich, abgesehen von wenigen Waren, in absehbarer Zeit nicht mehr wird erreichen lassen, solange das Weltmarktpreisniveau seine jetzige Höhe behält und sich die Arbeitsleistung im Inland nicht auf die Vorkriegshöhe gehoben hat. Die andere ist die, daß letzten Endes das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Preise wirksamer beeinflußt als jeder behördliche Eingriff. Da die Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter), wie bei ihrer Umstellung auf Gold leider nur zu klar geworden ist, an Kaufkraft wesentlich eingebüßt haben, wird das Verhältnis von Angebot und Nachfrage schon aus diesem Grunde eine wesentliche Verschiebung zuungunsten des Angebots erfahren.

Vor Baldwins Sturz.

Die Folge des englischen Wahlergebnisses.

Die englischen Wahlen, deren Ergebnis nun vorliegt, haben mit einer schweren Niederlage der unter Führung des Ministerpräsidenten Baldwin stehenden Konservativen geendet.

Es erhielten Mandate: Konservative 254, Arbeiterpartei 192, Liberale 149 und Unabhängige 7. Erstere haben 91 Sitze verloren, die Arbeiterpartei 48 und die Liberalen 41 gewonnen.

Das Kabinett Baldwin wird daraufhin dem König seine Demission einreichen. Ueber die neue Kabinettsbildung wird aus London folgendes gemeldet: Ein Koalitionskabinett der Konservativen mit den Liberalen würde unter Führung Balfours, Lord Derbys oder Austen Chamberlains möglich sein, wobei die Liberalen Asquith oder Lord Grey in die Regierung senden würden. Die beiden Persönlichkeiten, die in diesem Wahlkampf am stärksten exponiert gewesen sind, kommen nach ihren persönlichen Mißerfolgen für die Führung eines Koalitionskabinetts oder einer Arbeitsgemeinschaft nicht in Frage. Baldwin, der Protektionist, ist für die liberalen Freihändler untragbar, und Lloyd George ist sowohl für den rechten Flügel der Konservativen als auch für die Arbeiterpartei in einer Koalition der Liberalen mit den Konservativen oder in einer Arbeitsgemeinschaft der Liberalen mit der Arbeiterpartei gleichfalls untragbar.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 10. Dezember 1923.

° **Die Sachlieferungen.** Das Reich hat bekanntlich die Zahlungen auf Sachlieferungen ausgesetzt mit der Bestimmung, daß es innerhalb einer Frist von fünf Wochen die noch ausstehenden Leistungen von lieferungspflichtigen Unternehmern verlangen kann. Zweck dieser Bestimmung war es, Zeit zu gewinnen, damit man Verhandlungen zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern zu Ende führen konnte, die dahin abzielten, daß die Verträge gegen Barzahlung des noch nicht vom Reiche gezahlten Restpreises erfüllt werden konnten. Jetzt ist diese Frist durch eine Verordnung um weitere sechs Wochen bis zum 20. Januar 1924 verlängert worden. Man hofft, auf diesem Wege eine große Zahl der noch schwebenden Verträge zur Durchführung zu bringen. Wenn eine Einigung mit den alliierten Bestellern zustande kommt, so werden die bereits geleisteten Teilzahlungen nicht zurückgefordert, da das Reich in diesem Falle die Gutschrift der bezahlten Beträge auf Reparationskonto erhält.

° **Unzufriedenheit über die Beamtengehälter.** Der „Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes" wendet sich mit folgender Zuschrift an die Oeffentlichkeit:

„In der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, daß sich die Organisationen mit den von der Regierung am 6. Dezember 1923 vorgeschlagenen Goldmarkgehältern einverstanden erklärt hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Sprecher der Organisationen in einer mündlichen Erklärung ausdrücklich betonte, daß die Organisationen die Verantwortung für die sich aus den völlig unzureichenden Bezügen ergebenden Folgen wirtschaftlicher und moralischer Art ablehnen und deshalb ihre Zustimmung zu dem letzten Regierungsangebot versagen müßten. Die Haltung der Organisationen fand bei der Regierung volles Verständnis, was angesichts der Tatsache erklärlich erscheint, daß die Grundgehälter, besonders die Endgehälter, durchweg um die Hälfte gegenüber dem Vorkriegsstande zurückgeschraubt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Mark nach dem amtlichen Index vom 25. November und 3. Dezember (rund 1,5 Billionen) um ein Drittel gesunken ist, so daß, um auf den Realwert der Gehälter zu kommen, ein Drittel der neuen Gehaltssätze in Abzug gebracht werden muß. Nach diesem Ergebnis wird es verständlich erscheinen, daß die Beamtenschaft vom Reichstag eine gründliche und schnelle Nachprüfung der Neuregelung erwartet."

Deutscher Reichstag.

Sitzuug vom 8. Dezember

Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit 313 gegen 18 Stimmen.

Die mit großer Spannung erwartete Reichstagssitzung vom Sonnabend hat die Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit großer Mehrheit gebracht, was man nur als einen Erfolg des neuen Kabinetts buchen kann. Die Entscheidung ist in der Hauptsache dadurch herbeigeführt worden, daß die Sozialdemokraten ihre Leute fast bis zum letzten Mann zur Abstimmung heranbrachten, es war infolgedessen für den Ausgang gleichgültig, wie die Deutschnationalen sich zu diesem Gesetz stellten. Jedenfalls ist mit der Annahme des Gesetzes die drohende Reichstagsauflösung ein überwundener Standpunkt, und das Kabinett Marx hat mit der Annahme jetzt die Voraussetzungen für den Beginn der großen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen geschaffen, die, so wollen wir hoffen, zum Segen des ganzen Volkes gereichen mögen.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Marx, Innenminister Dr. Jarres und die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,25 Uhr und macht Mitteilung von dem Beschluß des Aeltestenrats im Falle einer Auflösung des Reichstages. Danach sollen, auch wenn der Reichstag aufgelöst wird, der auswärtige und Ueberwachungsausschuß weiter tagen.

Abg. von Graefe (Deutschvölk) beantragt, den Bericht des Ausschusses über die Aufhebung seiner Immunität heute noch zu erledigen. Das ist aber nicht geschehen, da die Kommunisten Widerspruch erheben.

Ohne Debatte werden einige Vorlagen erledigt, die den Lehrgang der höheren Schulen betreffen.

Aenderung des Reichswahlgesetzes.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, durch die das Reichswahlgesetz in wahltechnischer Beziehung geändert wird. Mit Ausnahme von Berlin werden die Wahlkreise so verkleinert, daß auf diese ungefähr 1,5 Millionen Einwohner entfallen. Andere Neuerungen beziehen sich auf die Art der Stimmzettel. So soll es zulässig sein, einige Kreiswahlvorschläge in einem Stimmzettel zu vereinigen u. es den Wählern zu überlassen, den von ihnen gewählten Vorschlag zu kennzeichnen.

Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnatl) bekämpft die Vorschläge des Ausschusses, vor allem die Vereinigung der Wahlvorschläge. Man dürfe an die Intelligenz der Wähler nicht zu hohe Anforderungen stellen. (Heiterkeit links.) Er empfiehlt einen Antrag seiner Freunde auf Einführung der Wahlpflicht und verlangt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Abg. Dittmann (Soz) weist darauf hin, daß man sich im Ausschuß gegen jede Verminderung der Zahl der Abgeordneten ausgesprochen hat. Die Abneigung des deutschnationalen Redners gegen die einheitlichen Stimmzettel entspringt nur dem Wunsche einer Wahlbeeinflussung der wirtschaftlich Abhängigen. Die Wahlpflicht sei abzulehnen. Mit der namentlichen Abstimmung sei offenbar nur eine Generalprobe für die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz beabsichtigt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Brodauf (Dem) und Eichhorn (Komm) wird die Vorlage in zweiter u. dritter Beratung angenommen. Die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Wahlpflicht wird zurückgestellt und zunächst die

Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz

vorgenommen.

Das Ermächtigungsgesetz wird mit 313 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit ist die für das verfassungsändernde Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht und auch die notwendige Zweidrittelpräsenz vorhanden.

Die von den Deutschnationalen beantragte Vorlage auf Einführung der Wahlpflicht wird im ersten Wahlgang in namentlicher Abstimmug mit 217 gegen 200 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Die Schlußabstimmung über die ganze Vorlage ist auf sozialdemokratischen Antrag wiederum namentlich. Es ergibt sich die Ablehnung der Vorlage mit 207 gegen 179 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen.

Das der ersten Abstimmung widersprechende Resultat wird vom Hause mit Heiterkeit aufgenommen.

Es folgt ein deutschnationaler Antrag auf Aenderung der Personalabbauverordnung, der gemeinsam beraten wird mit verschiedenen Anträgen anderer Parteien, die denselben Gegenstand behandeln.

Abg. Rauch (Bayr. Volkspt) fordert, daß die Kriegsbeschädigten bei der Abbauverordnung ausgelassen werden. Redner weist darauf hin, daß durch das Ermächtigungsgesetz der Beamtenabbau der Entscheidung des Reichstages entzogen und der Reichsregierung und dem Fünfzehnerausschuß überwiesen sei.

Ein Antrag Dr. Scholz (D. V.) auf Schluß der Debatte wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Abg. Deglerk (Deutschnatl) beantragt, die den Personalabbau betreffenden Anträge dem Beamtenausschuß zu überweisen.

Vizepräsident Dr. Bell weist darauf hin, daß nach dem Ermächtigungsgesetz nur der Rechtsausschuß und der Ueberwachungsausschuß neben dem Auswärtigen Ausschuß bestehen bleiben.

Der Antrag Deglerk wird abgelehnt. Die Anträge gehen an den Rechtsausschuß und Ueberwachungsausschuß. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilmachungsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit usw. wird angenommen.

Vizepräsident Dr. Bell erbittet die Ermächtigung für den Präsidenten, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Gegen den Protest der Deutschnationalen und Kommunisten wird so beschlossen, nachdem Abg. Schultz-Bromberg (Dn.) sich gegen den Plan gewandt hatte, daß der Reichstag nicht vor dem 31. Januar zusammentreten sollte. Dr. Bell schließt die Sitzung mit Festwünschen für die Abgeordneten, während von den zahlreichen Eisenbahnbeamten auf den Tribünen drohende Rufe gegen die Abgeordneten laut werden, wie „Arbeiterverräter" und „Handlanger der Reaktion!"

* * *

Wenn nun heute der Deutsche Reichstag auf einige Zeit, voraussichtlich bis Ende Januar, in die Ferien gegangen ist, so werden die durch das Ermächtigungsgesetz mit um so stärkerer Verantwortung belasteten verantwortlichen Politiker deswegen keineswegs an Ruhe u. Erholung denken können. Der unsagbar schwierige Uebergangswinter, an dessen Schwelle wir erst stehen, muß überwunden werden, wenn das deutsche Volk leben soll.

*

Der 15er Ausschuß.

Der 15gliedrige Ausschuß, der bei Erlaß der Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vertraulich gehört werden muß, hat sich Samstag abend konstituiert und zu seinem Vorsitzenden den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz gewählt. Die Deutsche Volkspartei ist weiter durch den Abg. Brüninghaus vertreten. Für die Sozialdemokraten gehören dem Ausschuß an die Abgg. Müller-Franken, Bender, Dr. Herdt. Für das Zentrum Becker, Allekotte und Korbhaus. Für die Demokraten Koch und Delius. Für die Bayrische Volkspartei Schirmer-Franken u. für die Kommunisten Barth. Der 15gliedrige Ausschuß wird bereits am Dienstag zusammentreten, um sich mit der Verordnung über den Beamtenabbau zu beschäftigen.

* * *

Zustimmung des Reichsrates zu dem Ermächtigungsgesetzes.

Der Reichsrat trat am Samstag nachmittag um 4¼ Uhr nach der im Reichstage vollzogenen Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, die, wie die „Köln. Ztg." berichtet, vom Innenminister Jarres geleitet wurde, um endgültig über das Ermächtigungsgesetz zu beschließen. Der preußische Ministerialdirektor Meister berichtete über die vom Reichstage an dem Ermächtigungsgesetz vorgenommenen Aenderungen. Der Reichstagsbeschluß, wonach vor Erlaß der Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergehen, ein Ausschuß des Reichsrates und des Reichstages von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist, wurde von dem Berichterstatter dem Reichsrat zur Kenntnisnahme ohne Einspruch empfohlen. Bei der zweiten Aenderung, wonach der Ausschuß des Reichstages auch zu hören ist zu Sachen, die sich auf Abänderung von Verordnungen beziehen, die auf Grund des früheren Ermächtigungsgesetzes erlassen sind, ersucht der Berichterstatter um eine Erklärung der Regierung darüber, daß auch der Reichsratsausschuß zu derartigen Angelegenheiten gehört werden soll. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Anträge zu der Beamtenabbauverordnung. Nachdem Minister Dr. Jarres die verlangte Erklärung abgegeben hatte, beantragte der Berichterstatter auch bei dem zweiten Reichstagsbeschluß auf Erhebung des Einspruches zu verzichten. Der Reichsrat erklärte sich hierauf mit den Beschlüssen des Reichstages vollauf einverstanden.

Fehrenbach Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

Wie Berliner Blätter aus parlamentarischen Kreisen berichten, hat das Zentrum anstelle des zum Reichskanzler ernannten Dr. Marx den früheren Reichskanzler Fehrenbach zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt. Fehrenbach hat sich bereit erklärt, die Leitung der Fraktion zu übernehmen.

Strafverfolgung auch der kommunistischen Abgeordneten.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages genehmigte einem Antrag des Oberreichsanwalts gemäß die Strafverfolgung der Abgeordneten Fröhlich, Köhnen, Remmele, Stöcker und Frau Zetkin (Komm) bei Aufhebung der Immunität dieser Abgeordneten. Ebenso entschied sich der Ausschuß betreffend des Abgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.)

Die englischen Wahlen.

Sieg des Freihandels.

Der Stand der Parteien war nach Reuter am Samstag Abend folgender:

Konservative 253, Liberale 152, Arbeiterpartei 192. Die Zahl der Unabhängigen steht noch nicht ganz fest.

Zahlreiche hervorragende Politiker wurden nicht wiedergewählt. Unter den Geschlagenen befindet sich der Ackerbauminister Sanders, der Arbeitsminister Barlow, der Kanzler des Herzogtums Lancaster Davidson (früher Privatsekretär Bonar Laws), ferner der Lord-Advokat Wadlon. Damit steigt die Zahl der unterlegenen Minister auf fünf.

* * *

Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der englischen Wahlen lassen erkennen, daß die Anhänger Baldwins zirka 90 Parlamentssitze verloren haben, die den Liberalen und der Arbeiterpartei zugute kommen. Das ist für Baldwin ein schwerer Schlag. Die konservative Partei, die ihm folgt, ist nicht einheitlich in ihrer Anschauung über den Schutzzoll. Es gibt eine Reihe von Mitgliedern des Unterhauses, die sich zur konservativen Partei zählen und dennoch den Gedanken des Freihandels verfechten. Schon steht so viel fest, daß die Konservativen eine so geringe Mehrheit in das Unterhaus zurückschicken, daß Baldwin mit dieser in sich gespaltenen Partei das ihm vorschwebende Schutzzollprogramm, um dessentwillen er die Entscheidung des Volkes anrief, nicht durchführen kann. Die englische Regierung muß den freihändlerischen Traditionen treu bleiben, die England seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts befolgt hat, und damit ist die englische Regierung gleichzeitig daran gebunden, in der auswärtigen Politik weiter auf die Befriedigung Europas und die Wiederbelebung der europäischen Märkte in erster Linie bedacht zu sein. So viel steht bereits fest. Aber es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß Baldwin nicht einmal eine Mehrheit erhält, die es ihm ermöglicht, die Regierung in der bisherigen Weise weiterzuführen und daß zu dem System der Koalitionsregierung zurückgekehrt werden muß, wie es bis zu Lloyd Georges Sturz durch Bonar Law üblich war. Ein Urteil darüber wird erst nach der endgültigen Feststellung der Wahlergebnisse möglich sein. Die ausstehenden Ergebnisse betreffen in der Hauptsache die ländlichen Kreise. Baldwin hat denjenigen Landbebauern, die ihren Arbeitern einen gewissen Mindestlohn auszahlen, staatliche Zuschüsse in der Form von Prämien versprochen. Auf diese Weise hat er, wie ihm seine Gegner im Wahlkampf vorwarfen, die Landwirtschaft bestochen.

Das endgültige Ergebnis.

London, 9. Dezember. (Telunion). Das endgültige Ergebnis der englischen Wahlen ist: Die Konservativen haben 261 Sitze erlangt, die Liberalen 152, die Arbeiterpartei 191. Zehn Abgeordnete gehören keiner Partei an.

Keine liberal-konservative Koalition.

Der „Daily Mail" zufolge haben Erkundigungen, die von berufener Seite bei Lloyd George eingezogen wurden, ergeben, daß von einer liberal-konservativen Koalition nicht die Rede sein kann.

Jubel der liberalen Presse.

Die Presse hebt bei der Erörterung der bisher bekannt gewordenen Wahlergebnisse die Verluste der Konservativen, insbesondere in Manchester hervor. Die liberale Presse begrüßt die Siege ihrer Partei. Daily News tragen am Kopfe in Sperrdruck die Ueberschrift: Das Volk verwirft den Schutzzoll. Daily Chronicle schreibt: Der Freihandel reißt das Land mit sich fort!

Die geborene Krause.

39) Roman von Fr. Lehne.

„Ja, hättest du damals so gedacht! Wie glücklich würde sich alles für uns beide gefügt haben! Wie hatte ich davon geträumt, von der freudigen Ueberraschung, wenn du mich in der dir aufgezwungenen Braut wiedererkanntest!" Ihre weiche, tönende Stimme vibrierte vor Erregung. „Und hast mir dann eine Beschämung und Kränkung zugefügt, die mir noch jetzt in der Erinnerung vor Empörung das Blut in die Wangen treiben. Und darüber bringt mich auch nichts hinweg. In langen, schlaflosen Nächten habe ich mich schließlich damit abgefunden, und nun will ich es nicht anders mehr", setzte sie mit einer trotzigen Genugtuung hinzu.

Er erbleichte so jäh, daß sein gebräuntes Gesicht ganz fahl wurde.

„Rosemarie, das kann doch dein Ernst nicht sein", stammelte er, „fühlst du denn nicht: wir gehören zusammen! Trotz allem: nicht eine Stunde hab' ich anders gedacht! Habe mich in Liebe nach dir gesehnt und dennoch meinen Trotz stärker sein lassen, weil du gar so unnahbar warst, für jeden ein freundliches Lächeln hattest, nur für mich nicht! Denke daran, als wir uns kennen lernten — dieser einzig schöne Tag." In heißem Flehen suchten seine Blicke die ihren.

Sie hielt den Kopf gesenkt und schwieg.

„Rosemarie?" Aengstlich fragend klang seine Stimme durch den Raum. Nachdem er einmal sein stolzes Schweigen gebrochen, war er voll fiebernder Erwartung.

„Ich habe dir das alles jetzt gesagt, damit du endlich Bescheid weißt, nicht darum, weil ich eine Aenderung unseres Verhältnisses wünschte", sagte sie mit spröder Stimme, „im übrigen mag es so bleiben, wie es jetzt ist."

„Ich aber will es nicht mehr!" rief er in ausbrechender Leidenschaft und riß sie in seine Arme, „du bist mein Weib, mein einzig geliebtes Weib — und du liebst mich auch! Sag' es mir doch, gib es doch zu, du liebst mich!" Mit unwiderstehlicher Gewalt hielt er sie fest, daß sie sich nicht rühren konnte, und er drückte seine Lippen auf die ihren, auf ihren Hals — er ließ sie nicht.

Sie war wie betäubt. Das war ihr unerwartet gekommen. Macht- und willenlos in seinen Armen.

Und er hielt ihre Widerstandslosigkeit für Hingeben. „Rose, meine süße Rose — endlich", jubelte er.

Da stemmte sie ihre Hände gegen seine Brust und machte sich los. Zornestränen blitzten in ihren Augen; schwer atmend stand sie vor ihm. Ihr Mädchenstolz war tief verletzt.

„Das war nicht ritterlich von dir, Hans Eckardt! Die Zeiten haben sich geändert. Wohl warst du mir einst teuer, sonst —" Sie brach ab, weil Tränen ihre Stimme erstickten.

Sie ging nach der Tür. Er wollte sie halten. Er konnte es ja nicht glauben, daß seine Glückeszuversicht umsonst gewesen. Gab es denn nichts, sie umzustimmen? Doch da sagte sie jetzt kühl — sie hatte die Selbstbeherrschung wieder: „Es ist besser, wir sehen uns jetzt für eine Weile nicht mehr. Ich fahre morgen zu meinen Eltern und dann mit Gottlieb in die Berge. Er will sich nächste Woche seine Ferien gönnen."

Das war ihre Antwort auf sein heißes Bitten. „Eldringen, dein Rezept war falsch!" mußte er voll höhnischer Bitterkeit denken.

15.

Blauschimmernd aus der weißen Schneedecke hob sich die glatte Eisfläche des Flusses und wetteiferte an Glanz mit dem matten Blau des sonnendurchleuchteten Winterhimmels. Die flockige Hülle lag dick auf den Zweigen der Bäume und Sträucher, mitleidig deren Kahlheit verbergend.

Eine fröhliche Menge tummelte sich auf der Eisbahn zu den Klängen der kleinen Kapelle. Die jüngeren Damen des Regiments waren an diesem schönen Vormittag vollzählig vertreten. Man wartete auf die Herren, die sich vom Dienst freimachen konnten und bald kommen mußten.

Die Generalin von Woldeck war wieder der Mittelpunkt dieses Kreises. Die Damen waren sehr um sie herum, mit Ausnahme der Gräfin Rosemarie Laubenberg, die sich auf einen höflichen Gruß beschränkt hatte und dann eifrig ihre weiten, eleganten Bogen lief. Die Kälte hatte ihre Wangen gerötet. Bildschön sah sie aus in der weißen Sportjacke, die sie zu einem russisch-grünen Rock trug.

Mit kritischen Augen verfolgten die Damen die gewandte Schlittschuhläuferin.

„Die „geborene Krause" kann alles! Phänomenal! Ist überall sattelgerecht", spöttelte Carina Woldeck, indem sie geringschätzig die Mundwinkel herabbog. Und doch lag Neid in dem Blick, mit dem sie die geschmeidige, biegsame Gestalt Rosemaries beobachtete. „Schade, daß Eldringen fehlt! Ihr getreuer Ekkehard!"

Die Damen lachten ein verständnisvolles Lachen über den „getreuen Ekkehard".

„Tante, lauf doch wieder mit mir, bitte!" bettelte Rudi von Laffert. Der hübsche, achtjährige Knabe, der einzige Sohn des Oberst, faßte nach der im grauen Wildlederhandschuh steckenden Hand der Generalin, neben der er stand. Ihm wurde es langweilig zwischen all den Damen, die so eifrig ihre Angelegenheiten erörterten, daß sie keine Zeit für ihn hatten.

„Quäle mich nicht, Rudi, ich bin jetzt müde", versetzte die schöne Frau ungeduldig und entzog ihm ihre Hand. Er lief ihr ein Stück davon. „Rudi, bleibe aber ja in meiner Nähe!" rief sie ihm mahnend zu, achtete indessen nicht weiter auf ihn, da es Interessanteres zu erörtern gab.

Eine der Damen wußte zu berichten, daß die Laubenbergs wie „Hund und Katze" lebten, sich kaum noch das Wort gönnend. Vor mehreren Monaten habe es eine heftige Auseinandersetzung gegeben. Sie wisse es aus bestimmtester Quelle. Und beim Majoratsherrn seien sie auch noch nicht gewesen, ebensowenig wie der mit seiner jungen Frau den Bruder besucht habe.

„Warum aber hat denn Graf Laubenberg die Krause geheiratet, wenn es nicht aus überwältigender Liebe war, wie ich sicher angenommen?" fragte die Generalin.

Die Damen zuckten die Achseln. „Das eben war und ist uns allen ein Rätsel! Denn solider als er konnte wohl niemand gewesen sein. Schulden hat man ihm nicht nachsagen können, daß er gezwungen gewesen wäre, des Geldes wegen zu freien."

Westminster Gazette: Baldwin bekommt sein Mandat nicht.

Glückwunsch der deutschen Sozialisten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die englische Arbeiterpartei folgendes Telegramm gesandt: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem großen Wahlsieg sendet der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Französische Pressestimmen.

Das Ergebnis der englischen Wahlen hat in Frankreich größte Ueberraschung hervorgerufen. Es wird von der gesamten Presse als eine Niederlage der Regierung bezeichnet, im übrigen nur als eine Niederlage des Protektionismus und als eine durch die europäische Lage hervorgerufene bewertet, jedoch wird der große unerwartete Sieg der Liberalen und der Arbeiterpartei von den meisten Blättern dazu benutzt, um Betrachtungen für die Zukunft der englisch französischen Beziehungen aufzustellen. — „Petit Parisien" schreibt, es wäre verderblich von Frankreich sich verheimlichen zu wollen, daß die Entente aus der Wahl krank hervorgeht. Wir müssen wissen was wir wollen, wir müssen wissen, was wir verlangen und was durchführbar ist, wir müssen uns viel mehr auf den Boden der Tatsachen stellen, auch auf den Boden des Rechts. — „Matin" faßt sein Urteil wie folgt zusammen: Der Freihandel hat über den Protektionismus triumphiert, eine ernste Krise ist in England ausgebrochen. Wird man die Arbeiterpartei, die die eigentliche Siegerin ist, zur Regierung heranziehen? — „Echo de Paris" schreibt: Wir und die übrigen aufgeklärten europäischen Geister wissen sehr wohl, daß das britische nationale Interesse sehr gut Vorteil aus der Politik vom 11. 1. ziehen kann, aber die Entente Cordiale und die konservative Mehrheit von 1918 und 1922 sind durch die jetzige Mehrheit bedroht Das eine wird aber dann Bedeutung haben, wenn König Georg die neuen Männer zur Regierung beruft

Das Eisenbahnabkommen mit der Regie.

Wie bereits kurz gemeldet, hat die Reichsregierung die von den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums in Mainz am 1. Dezember 1923 unterzeichnete Niederschrift genehmigt.

Die Niederschrift der zwischen der deutschen Reichsbahnverwaltung und der Regie getroffenen und am 10 Dezember in Kraft tretenden Vereinbarungen stellen zunächst eine Ueberprüfung der deutscherseits vorzulegenden Liste der Ausgewiesenen und zu Gefängnisstrafen Verurteilten durch die Regie in Aussicht und bemerkt weiter, beide Parteien werden sich bemühen, in den Gehältern und Löhnen Gleichstellung zu erreichen. Die dem Regiepersonal erteilten Anweisungen sind grundsätzlich doppelsprachig, so dann kreuzt die Niederschrift die der Reichsbahnverwaltung und die der Regie unterstehenden Strecken und Bahnhöfe voneinander ab, regelt den Wechselverkehr und Wagenaustausch Die Regie hat die für ihre Bedürfnisse zugeteilten Personen- und Gepäckwagen auf eigene Rechnung, gemäß den deutschen Vorschriften, zu unterhalten Hinsichtlich der Güterzuge wird es zunächst den örtlichen Nachbardirektionen überlassen, sich über die Fahrpläne der Züge zu verständigen. Für die Personenzüge werden Sonderausschüsse unverzüglich die Fahrplanfrage regeln. Die deutsche Reichsbahn wird die im besetzten Gebiet gelegenen Lokomotiv- und Wagenwerkstätten Dortmund und Limburg sowie die Weichenwerkstätte Limburg betreiben Auf Verlangen der Regie wird ihr die Hälfte der Arbeiten der letztgenannten Werkstätte vorbehalten zu den Bedingungen, die im gegenseitigen Benehmen festgelegt werden. Die deutsche Verwaltung wird in Mainz einen Vertreter haben, der die Verbindung zwischen ihr und der Regie sicherstellen wird. Weiter wird sie in Essen einen Vertreter haben, der die Verbindung zwischen ihr und der Regiedirektion in Essen für die Frage der Gestellung der Fahrzeuge, sowie die Verbindung zwischen der Regiedirektion Essen und den örtlichen Nachbardirektionen des nicht besetzten Gebietes für alle Frage sichergestellt, die sich auf die Ausführung des Dienstes beziehen. In einer Anlage ersucht der Vertreter der deutschen Reichsbahnverwaltung den Direktor der Regie, u. a. bei den zuständigen Stellen zu befürworten, daß alle von den Besatzungsbehörden ergriffenen Sanktionen zurückgezogen werden, daß eine möglichst große Zahl von Eisenbahnern sofort in Freiheit gesetzt wird und daß allen ausgewiesenen Eisenbahnern der besetzten Gebiete erlaubt wird, zu ihren Familien und in ihre Heimat zurückzukehren, unabhängig davon, ob ihre Wiedereinstellung in den Dienst der Regie in Aussicht genommen ist oder nicht. Weiter wurde deutscherseits beantragt, daß es gestattet sein solle, die Gehälter und Löhne für die von der Regie nicht aufgenommenen Bediensteten ungehindert zu bezahlen, daß alle Beschlagnahmen des Privateigentums, der Spar- und Darlehnskassen usw. ebenso der Wohnungen aufgehoben werden sollen. Die Regie soll vorzugsweise die früheren Eisenbahner ohne Unterschied ihrer politischen Gesinnung wieder einstellen. Außerdem ist die Rückgabe der Häfen, dazu gehörigen Gleisanlagen in Karlsruhe und Mannheim an die deutsche Verwaltung notwendig. — Der Direktor der Regie erklärte, daß er diese Anträge den zuständigen Stellen mit dem Ersuchen übermitteln werden werde, sie wohlwollend zu prüfen.

Nach weiteren Meldungen aus Berlin hat der Reichsverkehrsminister die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Wünsche, die in der Anlage dieser Niederschrift enthalten sind, von der Regie oder auf ihr Betreiben von den Besatzungsbehörden durchgeführt werden. In seinem Schreiben an die französisch-belgische Eisenbahnregie erklärt der Reichsverkehrsminister:

Ich sehe mich heute mit Rücksicht auf die mir aus dem deutschen Beamtenverhältnis obliegenden Treuverpflichtung gegenüber meinem Personal, aber auch aus Gründen einfachster Menschlichkeit gezwungen, zu erklären, daß die im Rahmen des Modus vivendi getroffene Regelung mir nur in der sicheren Erwartung möglich erscheint, daß zugunsten der Eingekerkerten nunmehr von der Möglichkeit der Begnadigung großzügigster Gebrauch gemacht wird und daß die Ausgewiesenen jetzt zu ihren Angehörigen unter Aufhebung der Beschlagnahme ihres Privateigentums in die Heimat zurückkehren dürfen, ohne Rücksicht darauf, ob sie Aussicht haben, von der Regie eingestellt zu werden oder nicht Außerdem kann ich die Forderung nicht fallen lassen, daß die Reichsbahnverwaltung in keiner Weise behindert wird, dem im besetzten Gebiet wohnenden, aber von der Regie nicht eingestellten Eisenbahnpersonal die ihm nach deutscher Vorschrift rechtlich zustehenden Gebührnisse auszuzahlen.

* * *

Die Not im Industriegebiet.

Ein Hilferuf.

Der Essener Kreistag sandte an die Reichsregierung folgendes Telegramm:

„Kreistag Essen bittet im Vertrauen auf die Reichskanzlererklärung in höchster Not um weitere Zahlung der Erwerbslosenunterstützung aus Staatsmitteln in ausreichender Höhe, da Kreis und Gemeinden ohne Mittel sind. Die Hoffnung besteht, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit bald eine Entlastung der Arbeitslosenfürsorge erfolgt Ohne Hilfe des Reiches steht eine entsetzliche Hungersnot bevor."

Ferner wurde die Kreisverwaltung mit Rücksicht auf die jetzige katastrophale Lage, die schnelle Entschlüsse erfordere, ermächtigt, abweichende Maßnahmen zu den gesetzlichen Bestimmungen selbständig im Benehmen mit dem Kreisausschuß und dem Fraktionsausschuß, besonders hinsichtlich der Verwertung des Kreisvermögens, zu treffen, um Gelder für die Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Der Vorsitzende hatte ausgeführt, daß bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit die Erhebung von Steuern unmöglich sei. Es bleibe lediglich ein Appell an die Wohltätigkeit und an die Regierung übrig. Ein Generaldirektor der Stinnesgruppe warnte davor, sich allzu großen Hoffnungen auf Verminderung der Arbeitslosigkeit hinzugeben.

75 000 Erwerbslose allein in Oberhausen.

Oberhausen, 10 Dezbr. Hier sind zurzeit rund 27 000 männliche und 800 weibliche Personen gänzlich erwerbslos Als Kurzarbeiter werden 2000 männliche und 150 weibliche Personen beschäftigt. Als Zuschußempfänger werden mehr als 16 000 Ehegatten und 27 000 Kinder von der Erwerbslosenfürsorge unterstützt, so daß insgesamt rund 75 000, das sind drei Viertel der Oberhausener Bevölkerung, aus der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden. Die Gesamtausgabe der wöchentlichen Unterstützungen beläuft sich auf etwa 300 Billiarden.

Testa an Marx.

Msgr. Testa, der Vertreter des Papstes, hat an den Reichskanzler Marx folgendes Telegramm gerichtet:

Herr Reichskanzler!

Nachdem Ew. Exzellenz die Zügel der Regierung ergriffen haben, ist es mir eine angenehme Pflicht, Sie zu bitten, den Ausdruck meiner tiefsten Verehrung und meines tiefempfundenen Wunsches entgegenzunehmen, daß der Herr Sie in seiner Gnade bei dem schweren Werk unterstützen möge, das das Vertrauen des deutschen Volkes in einer so schweren Zeit Ihnen anvertraut.

Ew. Exzellenz ist sicher mein bescheidenes Liebeswerk nicht unbekannt, das ich im Auftrage des Hl. Stuhles im schwergeprüften Ruhrgebiet zu vollführen mich bemühe. Es ist mir eine Freude, daß ich Ihnen mitteilen kann, daß es mir infolge meines lebhaften und wiederholten Drängens bei den französischen und belgischen Behörden in der letzten Zeit gelungen ist, viele Verurteilte und Ausgewiesene (im ganzen etwa 300) ihren verzweifelten Familien wieder zurückzugeben

Wollen Ew. Exzellenz also meine Glückwünsche entgegennehmen!

Ihr ergebenster Diener

gez. Msgr. Testa

Vom Hl. Stuhl ins Ruhr- u. Saargebiet entsandt.

Lokales.

× **Annen,** 11. Dezbr (Geistl. Musikaufführung) Es war eine schöne, weihevolle Stunde, die uns die evang. Schulgemeinde am Sonntag nachmittag mit der in allen Teilen wohlgelungenen geistl. Musikaufführung in der Kirche bescherte. Obwohl das vom Annener Kirchenchor und Männergesangverein am Buß- und Bettag veranstaltete schöne und tief ergreifende Kirchenkonzert erst kurze Zeit zurücklag, hatten sich die Gemeindeglieder trotz des schlechten Wetters so zahlreich eingefunden, daß die Kirche wiederum bis auf den letzten Platz gefüllt war. Das Konzert wurde eingeleitet durch einen Orgelvortrag des Herrn Organisten A Rieks, die mustergültige Wiedergabe des Präludium und der Fuge (G-moll) von Eberlin war eine gute Einführung der gesamten Vortragsfolge. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte die in froher Erwartung sich befindende Gemeinde die Darbietungen des Chores für Kirchenmusik Witten unter der Leitung seines musikbegabten und fein geschulten Dirigenten, Herrn Erich Näscher. Die andächtigen Zuhörer wurden in ihrer Erwartung nicht getäuscht. Die einzelnen Gesangchöre machten auf alle einen tiefen Eindruck. Der Chor für Kirchenmusik verfügt über schönes, fein gebildetes und ausgeglichenes Stimmmaterial und, was nicht zu unterschätzen ist, über einen vorzüglichen Dirigenten. Bei der Erfüllung solcher Grundbedingungen für die Schulung eines Chores kann der Erfolg nicht ausbleiben. Den besten Eindruck hinterließen wohl die tonisch einfacher gehaltenen Chöre, während die mehr moodulierten, aber doch wunderbar zur Ausführung gelangten Chöre unter dem Fehlen des Textes auf der Vortragsfolge zu leiden hatten. Der Gesamteindruck war aber ein guter, erhebender und wäre gewiß noch gewaltiger gewesen, wenn der Chor von der Empore aus gesungen hätte. Die Klangwirkung ist nämlich in unserer Kirche von der Empore aus eine bedeutend bessere als vom Altarraume aus. — Umrahmt wurden die beiden Teile der gesanglichen Darbietungen durch die ausgezeichneten Orgelvorträge des Herrn Rieks. Wir hörten noch außer dem schon erwähnten Präludium „In dulci jubilo" von J S Bach und das Halleluja" aus dem Messias von Händel. Die evang Schulgemeinde hat mit der Veranstaltung der Gemeinde eine schöne Adventsfreude bereitet und wird, da der geldliche Ueberschuß für wohltätige Zwecke bestimmt ist, manche Sorge und Not in unserer Gemeinde lindern helfen. Zum Schlusse noch eine Bitte an den Kirchenvorstand der evang. Kirche, nämlich die, doch in Zukunft für eine bessere Erwärmung der Kirche Sorge tragen zu wollen. An Kohlen fehlt es doch jetzt nicht mehr. Wir hörten am letzten Sonntage wie auch bei den Musikaufführungen am Bußtage und am Totensonntage bittere Klage über die mangelhafte Erwärmung der Kirche. Gewiß machen Musik und Gesang die Herzen warm, aber die feuchte, kalte Kirchenluft macht den Körper krank sowohl bei Mitwirkenden als auch bei den Zuhörern.

§ **Annen,** 11. Dezbr. (Einlösung von Marken.) Von den in der Zeit vom 26 bis 30 November an den Postschaltern zum vierfachen Preise verkauften Freimarken scheinen sich noch ziemliche Vorräte in den Händen einzelner Personen und Geschäfte zu befinden, obwohl seitens der Post rechtzeitig vor zu weitgehenden Einkäufen gewarnt und ausdrücklich darauf hingewiesen war, daß diese Marken vom 1. Dezember an nur zum einfachen Nennwert verwendet werden dürfen. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich das Reichspostministerium bereit erklärt, diese Marken bis zum 15 Dezember bar oder gegen wertbeständige Marken zum vierfachen Betrage des Nennwerts einlösen zu lassen. Entsprechende schriftliche Anträge wären an die zuständige Postanstalt zu richten. Darin wäre einwandfrei nachzuweisen, daß die Marken in der angegebenen Zeit bei der Post für vierfachen Preis erworben seien und bis Ende November nicht haben verwendet werden können.

— (Falsche Billionenscheine.) In letzter Zeit sind des öfteren falsche Billionenscheine aufgetaucht. Die gefälschten Scheine sind leicht zu erkennen In dem Papier fehlt das Wasserzeichen, außerdem fehlen die Zeilen: Der Magistrat der Stadt Hörde usw, sowie die Titelbezeichnungen unter den Unterschriften.

§ **Annen,** 11. Dezbr. (Ihre goldene Hochzeit) begehen heute die Eheleute Aug Wohlfart und Frau Ida geb. Rosendahl. Möge dem Jubelpaar ein gesegneter Lebensabend beschieden sein.

Annen, 11. Dez. (Zollregelung und Postpaketverkehr.) Der Wirtschaftsausschuß für Dortmund Stadt und Land teilt folgendes mit:

Auf Antrag des Wirtschaftsausschusses hin haben die Zollfragen und insbesondere der Postpaketverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet durch die französische Besatzungsbehörde nunmehr eine Neuregelung erfahren, die eine wesentliche Erleichterung gegenüber dem bisherigen Zustand bringt Die Einzelheiten werden in Kürze, sobald die zur Durchführung erforderlichen Maßnahmen getroffen sind, von der zuständigen Stelle bekanntgegeben werden.

Kleinholthausen, 11 Dezbr. (Von Dieben angeschossen.) In der Nacht zum 7. Dezbr. versuchten Diebe in das Haus des Landwirts Berkhoff hierselbst einzubrechen, wurden jedoch durch das Dazwischentreten des Sohnes an der Ausführung ihres Vorhabens gehindert Einer der Diebe gab auf B ihn einen Schuß ab, wodurch dieser in einen Oberschenkel getroffen und dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Die Täter entkamen.

Provinzielle Nachrichten.

Dortmund, 11. Dez. (Neue Verhaftungen.) Die Franzosen verhafteten am Freitag Josef Tylle und Gustav Abgrall und brachten die beiden in das Gefängnis.

— (Zu einer großen Schlägerei) kam es in der Freitagnacht am Burgwall zwischen mehreren Personen, zum Teil von auswärts kommend. Ein Regiearbeiter erhielt dabei einen Messerstich. Als Polizeibeamte einschritten, wendete sich die ganze Menge, die sich vorher geschlagen hatte, gegen diese. Die Beamten waren genötigt, von der Hiebwaffe Gebrauch zu machen. Sie zerstreuten die Menge.

Dortmund, 11. Dezbr. (Hauptbahnhof Dortmund Verbindungsbahnhof.) Es ist in Aussicht genommen, daß der Hauptbahnhof Dortmund als Verbindungsbahnhof für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet eingerichtet wird.

Brünninghausen, 11. Dezbr. (Besitzwechsel) Die Kaiserbrauerei A—G. Brünninghausen, die fast ausschließlich im Privatbesitz der Erben Thomas war, kam durch Kauf in den Besitz der Ritter-Brauerei zu Dortmund.

Wambel, 10 Dez. (Raubüberfall.) Am 6 d. Mts. gegen 7 Uhr abends, drangen fünf unbekannte männliche Personen in ein am Breierspfad belegenes Kolonialwarengeschäft ein. Zwei der Täter hielten dem Inhaber des Geschäfts Revolver vor, während die übrigen drei Personen in dem Geschäft plünderten. Den Räubern fielen hierbei 10 Pfd. Speck, 5 Pfd. Plockwurst, 4 Pfd Rotwurst, 3 Pfd. Leberwurst, 6—10 Pfd. Margarine, 3 Pfd. Palmin und einige Brote in die Hände. Bei dem Fortgang der Räuber wurden die Ueberfallenen noch mit Erschießen bedroht, falls sie es wagen würden, die Verfolgung der Täter aufzunehmen.

Eickel, 10. Dez (Ueberfall auf einen Bäckerwagen) Der Bäckermeister Habinghorst passierte mit seinem Fuhrwerk die Crangerstraße. In der Nähe der Zeche „Julia" tauchten plötzlich 5—6 junge Burschen auf, die über das Fuhrwerk herfielen. H. trieb das Pferd zur großen Eile an, die Täter schossen nun auf das Fuhrwerk und trafen den Bäckermeister H. an der Hand, die von der Kugel durchbohrt wurde; dann verschwanden sie im Dunkel.

Westerholt, 10. Dez (Verschüttet) wurden vor einigen Tagen auf der Schachtanlage Westerholt zwei Bergleute, Familienväter. Die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten hatten den Erfolg, daß nach zwei Tagen einer der Beschütteten vollständig ohnmächtig und mit einem Arm- und Beinbruch gerettet werden konnte. Es handelt sich um den Bergmann Motzik aus Scherlebeck. Der zweite Verschüttete, Bergmann Walter aus Buer Hassel, konnte bislang noch nicht geborgen werden. Die Hoffnung, diesen lebend zu bergen, ist sehr gering.

Oelde, 10. Dezbr. (Wie es einem Billionär erging) Sage und schreibe: Neunhundert Billionen Mark. Einen Menschen, der so viel Geld hatte, gabs bis vor kurzem auf der ganzen Welt nicht. Noch vor wenigen Jahren hätte man ungefähr einen ganzen Erdteil dafür kaufen können, wenn er feilgeboten worden wäre. Und heute? Heute wird ein Mann mit 900 Billionen Mark in Oelde, das allerdings von jeher etwas hoch hinaus wollte, so wenig respektiert, daß man ihn gerade wegen eines solchen 900 Billionen-Besitzes von der Polizei auf die Straße setzen läßt. Das kam laut „Glocke" so: Ein Geschäftsmann erscheint am Postschalter und will 900 Billionen Mark einzahlen. Er kramt seinen Besitz aus und fängt an, seine Scheine dem Beamten vorzuzählen. Die Scheine sind nicht arg „groß" und nicht gebündelt. Unser Billionär zählt und zählt, und der Beamte flucht und protestiert Der Billionär läßt sich aber nicht stören, denn er hat, wie er sagt, großen Schaden, wenn die 900 Billionen nicht noch am selben Nachmittag in den Bahnpostwagen kommen. Er breitet seine Scheine auf allen Schalterbrettern, Fensterbänken und Pulten aus und ladet den Schalterbeamten freundlichst ein, die Richtigkeit der Zahlung nachzuprüfen und die Schätze an sich zu nehmen. Dem unglücklichen Beamten stehen die Haare zu Berge, er rechnet aus, daß an eine Erledigung der Zählung vor Mitternacht kaum gedacht werden kann. Er flucht und protestiert, und das inzwischen zahlreich gewordene Publikum, das auf die Abfertigung des 900fachen Billionärs warten muß, flucht und protestiert ebenfalls. Das ganze Postamt ist allmählich in einer Aufruhrstimmung. „Machen Sie sich mit Ihren 900 Billionen zum † † † T . . ." tönts herüber. „Fällt mir nicht ein, denn das ist nicht die richtige Adresse, und ich habe großen Schaden, wenn . . ." Das Zwiegespräch wird immer erregter, und der Billionär zählt weiter. So vergehen an die zwei Stunden. Man holt den Vorsteher des Postamts, damit dieser den Billionär entferne. Der Herr versuchts in Güte und in Strenge, aber vergebens, der Billionär zählt und zählt und besteht auf seinem Recht. So gehts noch lange Zeit weiter, bis endlich die Polizei herbeigeholt wird, die den unglücklichen Billionär mit allen seinen Scheinen auf die Straße setzt. Im ganzen hat diese Billionengeschichte etwa vier Stunden gedauert.

Düsseldorf, 10. Dez. (Weitere Abschlüsse mit der Micum) Nach einer Havasmeldung hat die Micum Abkommen mit den Firmen Klöckner, Mülheimer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Herkules 8, und Klosterbusch abgeschlossen, deren Gesamtproduktion nach der Meldung sich auf 4 Milltonen Tonnen jährlich beläuft, und die etwa eine halbe Million Dollars Kohlensteuer zu zahlen haben.

Herzogenrath, 10. Dez. (Aus dem Zuge heraus verhaftet) wurde eine Frau Maria Cohnen aus Antwerpen. Sie hatte auf dem Bahnhof Münster mehrere stellenlose Mädchen unter glänzenden Versprechungen an sich gelockt, in der Absicht, sie in öffentlichen Häusern unterzubringen.

Frauen-Schönheit
verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz u. ein zarter schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife
v. Bergmann & Co., Radebeul.
Überall zu haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Eisenbahnkatastrophe von Kreiensen vor Gericht.

Der Lokomotivführer zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.

Vor der in Kreiensen eingetroffenen 2. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig fand die Hauptverhandlung gegen den Reserve-Lokomotivführer Albrecht statt, der wegen fahrlässiger Tötung angeklagt ist, weil er unter Mißachtung des auf Halt stehenden Wichtesignals vor dem Bahnhof Kreiensen am 30. Juli mit unverminderter Geschwindigkeit in den Bahnhof einfuhr, so daß D-Zug 88 auf den außer Fahrt planmäßigen Vorzug D 88 mit großer Heftigkeit auffuhr. Die letzte vier Wagen des Vorzuges wurden dabei völlig zertrümmert. 44 Fahrgäste wurden getötet und 50 schwer verletzt von denen noch mehrere starben. Der Angeklagte erklärte, als sein Zug sich dem Bahnhof Kreiensen genähert habe, sei das Signal nicht zu sehen gewesen, da es schon dämmerte und ihm Kohlenstaub ins Auge geflogen sei. Er sei mit etwa 30 Kilometer Geschwindigkeit auf den Vorzug aufgefahren. Die Bremse habe er benutzt, als die Lokomotive sich etwa 400 Meter vor dem im Hauptbahnhof Kreiensen stehenden Vorzug befand. Als er auffuhr, sei er von der Maschine abgesprungen. Mehr wisse er nicht. Die Zeugenvernehmung ergab im wesentlichen nichts Neues. Der Staatsanwalt beantragte wegen Fahrlässigkeit 2 Jahre Gefängnis, während der Verteidiger Freisprechung beantragte. Das Gericht verurteilte Albrecht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Fahrlässigkeit wurde wurde vom Gericht nur darin erblickt, daß der Angeklagte, um die Verspätung einzuholen, vor Kreiensen noch mit einer solchen Geschwindigkeit fuhr, wie er es bei der Durchfahrt des Bahnhofes nicht hätte tun dürfen.

Aufrührer verurteilt.

Essen, 11. Dez. Am 23 Mai wurde das Polizeidirektionsgebäude in Gelsenkirchen von Aufrührern ausgeplündert. Man versuchte, das Gebäude in Brand zu stecken, erbrach die Geldschränke, schleppte die Akten und sonstigen amtlichen Schriftstücke auf die Straße und ließ sie in Flammen aufgehen. Die erbeuteten Dienstgelder im Betrage von mehreren Millionen Mark steckten die Plünderer in die Tasche. Einige Tage nach diesen Ausschreitungen wurde der Bergmann Albert Biernatowski aus Rotthausen als einer der an den Plünderungen Beteiligten ermittelt und verhaftet. Das Schwurgericht verurteilte ihn unter Zubilligung milderner Umstände zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Der Dampfer „Düsseldorf" verloren.

Hamburg, 10. Dezember. Der Dampfer „Düsseldorf" der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der erst kürzlich in Betrieb gestellt wurde, ist bei Quinteros an der Westküste Südamerikas auf einen Felsen gelaufen. Das Schiff wird als verloren betrachtet. Die Passagiere und die Mannschaft sind in Valparaiso gelandet.

240 Billiarden von Sonderbündlern geraubt.

Mainz, 10. Dezbr. Wie die Polizeidirektion in Wiesbaden mitteilt, wurde vorgestern abend ein Geldtransport der Reichsbankstelle Wiesbaden auf der Strecke Frankfurt-Main—Wiesbaden von bewaffneten Separatisten, die zwei Autos bei sich führten, überfallen. Es wurden 240 Billiarden Reichsbankgelder in Billionenscheinen, deren Nummern noch nicht feststehen, geraubt.

Neueste Nachrichten.

Kabinettsberatung über die neuen Verordnungen.

Berlin, 10. Dezember. Nachdem das Ermächtigungsgesetz im Reichstag angenommen worden ist, wird die Regierung heute nachmittag eine Kabinettssitzung abhalten, um über die Verordnungen zu beraten, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes jetzt so schnell als möglich erlassen werden sollen. In Frage kommen insbesondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Steuerwesens und die Durchführung des Beamtenabbaues. Morgen vormittag um 10 Uhr tritt der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes gebildete Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen, um über die von der Regierung geplanten Verordnungen zu beraten. Die Sitzung des Ausschusses ist vertraulich.

Berlin, 10. Dez. Heute vormittag wurden im Reichsministerium des Innern die Besprechungen über die Arbeitszeit der Beamten zwischen den Vertretern des Innenministeriums und der Beamtenorganisationen fortgesetzt. Zu einem Ergebnis ist man bisher noch nicht gelangt.

Die Arbeitszeit der Beamtes.

Berlin, 11. Dezember. Nach den gestern im Reichsministerium des Innern erfolgten Besprechungen ist die Regierung, nach der „Germania", anscheinend geneigt, den Beamten einiges Entgegenkommen zu zeigen, hält aber an der Heraufsetzung der Arbeitszeit unbedingt fest. Die Länge der Dienststunden soll zunächst für eine Frist von 3 Jahren festgesetzt werden, ohne daß jedoch eine Bindung dahin eingegangen wird, nach Ablauf dieser Frist das Abkommen nicht weiter zu verlängern. In Berlin und Hamburg soll die ungeteilte neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden, weil es den Beamten infolge der großen Entfernungen kaum möglich sein würde, die Dienstzeit in zwei Abschnitten zu absolvieren. Sonst aber soll im ganzen Reich die Arbeitszeit geteilt werden, und zwar in der Weise, daß am Vormittag fünf Stunden und am Nachmittag vier Stunden Dienst geleistet werden. Die Beamtenorganisationen standen dieser Diensteinteilung ablehnend gegenüber.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Essen, 11. Dezember. Nachdem bei der Abstimmung unter den Bergleuten fast durchweg einstimmig für die sofortige Wiederaufnahme der Achtstundenschicht unter Tage gestimmt worden war, ist gestern die Wiederaufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen fast vollständig durchgeführt worden. Auf den staatlichen Zechen wurde der Betrieb voll wieder aufgenommen. Die Entlassenen sind restlos wieder eingestellt worden. Nur eine Anzahl Kokereiarbeiter kann jetzt noch nicht beschäftigt werden. In der Eisen- und Metallindustrie begegnet die Wiederaufnahme der Arbeit noch Schwierigkeiten.

Deutschland und die Union.

Aus Washington kommt die Meldung, daß Hughes und Wiedfeld am 8. Dezember den Entwurf eines neuen Handelsvertrages unterzeichnet haben. Ueber den Inhalt sind bis jetzt keine Mitteilungen gemacht worden, da der Vertrag erst dem Kongreß zur Genehmigung vorgelegt werden muß, ebenso wie die Zustimmung des deutschen Reichstages erforderlich ist, die aber auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Reichsregierung keine aufschiebende Wirkung haben kann. Mit dem Abschluß dieses Vertrages hat die vertraglose Zeit ein Ende, die bisher schon schwer genug auf den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten lastete.

Berlin, 11. Dezember. Ueber den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag, der auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen worden ist, werden von deutscher amtlicher Seite keine weiteren Mitteilungen gemacht. Wie die „B. Z." erfährt, ist die während und nach Abschluß der Verhandlungen beobachtete Geheimhaltung auf eine Forderung der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die eine Bekanntgabe des Vertragsinhaltes vor der Annahme durch den Senat vermieden sehen will.

Verschwörung in Athen.

London, 11. Dezbr. Reuter meldet aus Athen: Amtlich wird gemeldet, daß eine neue Verschwörung aufgedeckt worden ist, die eine Fortsetzung der Bewegung von Oktober bedeutet. Es ist versucht worden, einen Teil des Heeres dafür zu gewinnen. Zahlreiche Personen, darunter ehemalige Offiziere wurden verhaftet. Die Verschwörung steht im Zusammenhang mit den Royalisten.

Eingesandt.

Wir werden um Aufnahme des nachfolgenden Eingesandts ersucht, für welches der Einsender die volle Verantwortung übernimmt: Ein Einwohner Annens richtet an die Allgemeinheit folgende Anfrage: Kann jemand, der der Teilnahme an Kartoffelplünderungen beschuldigt worden ist, noch Mitglied der Preisprüfungskommission sein? Meine Auffassung geht dahin, daß es für ein solches Mitglied selbstverständlich sein müßte, die Konsequenzen aus einer solchen Tatsache zu ziehen.

Garantiert reines

Gerstenmehl

hat billig abzugeben

L. de Ridder, Witten.

Fernsprecher 478.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen unsern

innigsten Dank.

Familie Karl Eickmeier.

Putzfrau

zum Büroreinigen gegen hohen Lohn gesucht.

Walter Boneke,

Annen, Wittenerstrasse 35

Nutze dein Herdfeuer!

Persil, das selbsttätige Waschmittel

reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.)*

**) Persil enthält keinerlei schädliche Bestandteile; es schont und erhält die Wäsche, weil es das zweimalige Kochen und die Verwendung von Waschbrett und Bürste überflüssig macht.* 22



Bringe mein Geschäft in empfehlende Erinnerung und biete zu den billigsten Tagespreisen an:

Mais, Gerste, Hafer, Gerstenschrot, Gerstenfuttermehl, Vollmehl, Kleie, Mischfutter, Häcksel, Steckrüben und Kartoffeln.

Karl Dalder,

Lager früher Paßmann.

Telephon 1588

Die Meggendorfer-Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit."
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns."

Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Ueber die Bezugspreise unterrichtet der Buchhändler, das Postamt oder unmittelbar der

Verlag der Meggendorfer-Blätter
J. F. Schreiber, München, Residenzstraße 10.

Goldwaren und Schmucksachen.

Moderne Colliers, Medaillons, Anhänger in jeder Art, Damen- u. Herrenringe in den modernsten Formen, Broschen und Ohrgehänge, Armbänder, Kreuze, Vorstecknadeln, Damen- u. Herrenuhrketten in 10 versch. Qual., Brillant-Ringe, Brillant-Broschen, Brillant-Ohrgehänge etc.

Sehr große Auswahl! Billigste Preise!

A. Eick & Comp.

Saltenstraße 86—88 Dortmund Saltenstraße 86—88

beim Bezirks-Kommando.



Fuhren

jeder Art

werden prompt besorgt

Paul Steinke,

Annen, Hüllberg 12c.

Suche wegen Erkrankung des jetzigen sofort ein durchaus ehrliches, selbständiges älteres

Mädchen

Frau Paul Körner,
Dorfstraße 5.

! Weihnachtswunsch !

Glänzende Einheirat-Partien in Gutshöfe jeder Größe, Geschäfts-, Fabriken sind z. Zt. in großer Auswahl in jedem Alter u. Stand vorhanden.

Unter Garantie sind wir sofort in der Lage, jeden angemessenen Wunsch des heiratswilligen Herrn zu erfüllen. Man wende sich sofort an **Institut Hochheim, Mühlhausen i. Thür.** (Rückporto erbeten)

Persil

spart Arbeit, Kohle, Zeit!

Größte Verwendung der Waschmaschine.

Ohne Chlor.

HENKEL & CIE. DÜSSELDORF.

Dienstpersonal

wie Haus- und Küchenmädchen, Hausbälterinnen, Stützen, Köchinnen u. s. w. erhält man sicher u. schnell durch ein Inserat in der

Annener Zeitung

Bahnhofstr. 23.

Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser,

Pickel

Knötchen, Pusteln usw. Spezial-Arzt Dr. B.'s Dazu Zuckoh-Creme (nicht fettend und feithaltig). In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

